

VITALII ATANASOV

EXTREM IM AUFWIND

WIE DER KRIEG IM DONBASS DEN NATIONALISMUS UND RECHTSRADIKALISMUS FÖRDERT

Obwohl Rechtsradikale während der Proteste auf dem Maidan im Winter 2013/14 sehr präsent waren, blieb ihr politischer Einfluss in der Ukraine begrenzt. Einen neuen Impuls für die Entwicklung der rechtsextremen Szene lieferten die Annexion der Krim durch Russland und der Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbass. Viele Rechtsradikale schlossen sich den Kämpfen an, sowohl aufseiten der Ukraine als auch aufseiten der von Russland unterstützten separatistischen Republiken. Seitdem sie Zugang zu Ressourcen erhielten und ihr symbolisches Kapital vergrößern konnten, weiten die vor Kurzem noch marginalen Ultranationalisten* ihre Präsenz im politischen und gesellschaftlichen Leben der Region aus. Da es in der Politik keine linke Alternative gibt, greifen sie auch soziale Themen auf, bisher jedoch ohne erkennbaren Erfolg. Gleichzeitig nutzen sie die üblichen Themen – Verfolgung von schutzbedürftigen Minderheiten, Militarismus und revanchistische Gesinnungen –, versuchen, daraus Kapital zu schlagen, und fordern eine Politik der «starken Hand». So bedrohen sie die Demokratisierung im gegenwärtigen politischen System der Ukraine, das ohnehin zu autoritären Tendenzen neigt.

AM VORABEND DES MAIDAN

In den zwei Jahrzehnten nach dem Zerfall der Sowjetunion blieben die radikalen Nationalisten in der Ukraine am Rande des politischen Geschehens. Bis 2012 schaffte es keine der ultranationalistischen Parteien ins Parlament, auch wenn einzelne Vertreter der Radikalen Mandate erhielten.¹

Das änderte sich, als Wiktor Janukowitsch an die Macht kam, der bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 Julija Timoschenko knapp besiegt hatte. Janukowitsch und seine Partei der Regionen setzten sich für engere Beziehungen zur Russischen Föderation ein. Bald darauf wurde das «Abkommen von Charkiw» unterzeichnet, mit dem Russland die Gaspreise für die Ukraine senkte und im Gegenzug die Stationierung seiner militärischen Flotte in der Ukraine um ein Vierteljahrhundert verlängern konnte. Außerdem machte Janukowitsch eine Verfassungsänderung aus der Regierungszeit seines Vorgängers rückgängig, die die Macht des Präsidenten beschnitt. So holte sich Janukowitsch die umfassenden Vollmachten des autoritären Präsidenten Leonid Kutschma zurück. Begleitet wurde all dies von unzähligen Korruptionsfällen im von Bürokratie und Oligarchie geprägten Regierungssystem, vor allem im engsten Umfeld des Präsidenten.

In dieser Zeit begannen die Nationalisten von der Partei Swoboda (dt.: Freiheit), die sich als radikale Opposition zum Regime präsentierte, ihren Einfluss rasant auszuweiten. Paradoxerweise nützte das Erstarken von Swoboda auch Janukowitsch, dessen Mitstreiter die Nationalisten heimlich finanzierten – dieser Verdacht wurde kürzlich durch veröf-

fentlichte Dokumente aus der schwarzen Kasse der Partei der Regionen erhärtet.²

Diese heimliche Allianz zwischen der «prorussischen» Partei der Regionen und der nationalistischen Swoboda wurde auch deshalb möglich, weil die Nationalisten Julija Timoschenko verdrängten und schwächten, in der Janukowitsch seine größte Bedrohung sah. Im Jahr 2011 wurde sie zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Parlamentswahlen 2012 wurden für Swoboda zu einem Triumph: Obwohl die Partei nur etwas mehr als 10 Prozent der Stimmen erhielt, kamen erstmals in der Geschichte radikale ukrainische Nationalisten ins Parlament. Für die Partei der Regionen war das wiederum ein gefundenes Fressen und sie initiierte eine heuchlerische Kampagne zur «Bekämpfung des Faschismus». Offensichtlich sollte Oleg Tjagnibok, der Vorsitzende von Swoboda, bei den Präsidentschaftswahlen 2016 zum geeigneten – weil mit Sicherheit unterlegen – Sparring-Partner für Janukowitsch werden.³

Die Massenproteste im Winter 2013/14 machten diese Pläne zunichte und nach der Flucht von Janukowitsch verschwand die Partei der Regionen innerhalb weniger Monate von der politischen Bühne.

BETEILIGUNG AN PROTESTEN UND POLITIK

Neben Vitalij Klitschko (Partei Udar) und Arsenij Jazenjuk (Block Julija Timoschenko) war Oleg Tjagnibok einer der drei politischen Anführer des Maidan. Die Nationalisten ließen einige ihrer Parolen in die Rhetorik der Proteste einfließen –

zum Beispiel «Ruhm der Ukraine – den Helden Ruhm!» –, außerdem stellten die Medien Swoboda als eine der aktivsten Kräfte während der Proteste dar, wobei ihre Rolle häufig überbewertet wurde. Bei den regelmäßigen Verhandlungen mit Janukowitsch hob sich Tjagnibok von seinen liberalen Verbündeten hingegen keineswegs durch Radikalismus ab.

Schon kurz nachdem die Polizeigewalt gegenüber den Protestierenden eskaliert war, entstand aus einigen kleinen und zuvor kaum bekannten rechtsradikalen Gruppen der Rechte Sektor. Die Organisation und ihr Anführer Dmytro Jarosch erlangten dadurch Bekanntheit, dass sie sich für die Straßenkämpfe mit der Polizei verantwortlich erklärten. Verglichen mit den gemäßigten OppositionsführerInnen brachte die Bereitschaft zum entschlossenen Handeln dem Rechten Sektor die Aufmerksamkeit der Medien ein und mobilisierte neue AnhängerInnen.

Nach der Flucht von Janukowitsch beteiligte sich Swoboda an der Koalitionsregierung unter Arsenij Jazenjuk und erhielt vier Posten im Kabinett: Alexandr Sytsch wurde zum Vizepremierminister, Igor Tenjuch zum vorübergehenden Verteidigungsminister, Igor Schwajka zum Landwirtschaftsminister und Andrej Mochnik zum Umweltminister ernannt. Der Generalstaatsanwalt Oleg Mochnizkij kam ebenfalls von Swoboda. Diese Personen machten nicht durch Radikalismus von sich reden, sondern sahen sich bald Korruptionsvorwürfen ausgesetzt. Für die Beliebtheit der Partei war das fatal. Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2014 scheiterte Swoboda an der Fünf-Prozent-Hürde (mit 4,71 Prozent) und verlor ihre Regierungsgämter.

Als Akteur in der großen Politik konnte auch der Rechte Sektor trotz des beachtlichen Medienechos nicht Fuß fassen. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt der Parteiführer Dmytro Jarosch 0,7 Prozent und bei den Parlamentswahlen kam die Partei auf 1,8 Prozent der Stimmen.

Allerdings gelangten einzelne ukrainische Rechtsradikale ins Parlament, entweder als Direktkandidat in einem Einmandatswahlkreis oder über die Listen anderer politischer Vereinigungen. Dmytro Jarosch wurde Abgeordneter der Werchowna Rada (Oberster Rat), da er die Wahlen im Mehrheitswahlkreis in der Oblast Dnipropetrowsk gewonnen hatte. Der Führer der neonazistischen Gruppen Sozial-Nationale Versammlung (SNA) und Patriot der Ukraine, Andrej Biletzkij, zog durch seinen Sieg in einem Wahlkreis in Kiew ins Parlament ein (möglich wurde dies durch seinen Status als Führer des Asow-Regiments, mehr dazu unten). Igor Mossijtschuk, ehemaliges Mitglied der SNA, wurde Abgeordneter über einen Listenplatz der populistischen Radikalen Partei. Darüber hinaus kamen sieben Mitglieder der Swoboda-Partei über einen Einmandatswahlkreis ins Parlament. Insgesamt beläuft sich die Zahl der radikalen Nationalisten in der aktuellen Zusammensetzung des Parlaments auf 14 von 423 Abgeordneten.⁴

NEUER IMPULS DURCH ANNEXION UND KRIEG

Die Annexion der Krim durch Russland und der darauffolgende Krieg in der Ostukraine läuteten eine neue Phase in der Entwicklung der Rechtsradikalen ein, die sich den Kämpfen beider Konfliktparteien anschlossen.⁵

Die Beteiligung der Radikalen trug nicht unerheblich zur Eskalation bei. Schon Ende Februar 2014 verbreiteten die russischen staatlichen Medien die Erklärung von Igor Mossijtschuk (Mitglied der SNA und damals Angehöriger des Rechten Sektors), die ukrainischen Nationalisten würden

sich in Richtung Krim aufmachen, um gegen jene zu kämpfen, die die territoriale Integrität der Ukraine zerstören wollten. Diese Erklärung diente als Anlass für die Mobilisierung der «Selbstverteidigung der Krim», einer Bürgerwehr, deren Einheiten das russische Militär tatkräftig dabei unterstützten, die Halbinsel unter seine Kontrolle zu bringen.

Im April 2014 besetzten Bewaffnete ohne Hoheitsabzeichen – bekannt geworden als «grüne Männchen» – die Verwaltungsgebäude in der Stadt Slawjansk in der Oblast Donezk. Die Gruppe kam von der Krim, ihr Anführer war Igor Strelkow (Girkin), ehemaliger Offizier des russischen Geheimdienstes FSB, Monarchist und Anhänger der Weißen Bewegung, die im Bürgerkrieg 1917 bis 1923 für den Sturz der Sowjetmacht in Russland gekämpft hat. Gerade diese Aktion spielte nach Einschätzung vieler BeobachterInnen eine entscheidende Rolle, dass sich aus den prorussischen Demonstrationen in der Ostukraine ein bewaffneter Konflikt entwickelte.⁶

Als die ukrainische Regierung im April 2014 die «Anti-Terror-Operation» (ATO) verkündete, gingen die Ultrarechten und die Nationalisten mit als Erste an die Front und strömten in die neu aufgestellten Freiwilligenbataillone. Einige Gruppen Rechtsradikaler bildeten eigene bewaffnete Einheiten: Die Neonazis der Sozial-Nationalen Versammlung und von Patriot der Ukraine gründeten das Asow-Regiment, der Rechte Sektor das Ukrainische Freiwilligenkorps (DUK) und die der Swoboda-Partei nahestehende ultrarechte Jugendorganisation S14 (C14) war am Aufbau des Bataillons Kiew-2 beteiligt. Auch in anderen Einheiten wirkten die Nationalradikalen organisierend mit. Außerdem gliederten sich einzelne Ultrarechte in die Bataillone Schachtersk, Tornado, Ajdar und Donbass ein.

Allerdings schlossen sich auch Menschen ohne ausgeprägte nationalistische oder rechtsradikale Ansichten den Bataillonen an. Das lag vor allem an einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach militantem Patriotismus, das durch die Bedrohung der Ukraine von außen entstanden war, und weil die reguläre Armee zu Beginn des bewaffneten Konflikts nicht ausreichend schlagkräftig erschien.

Als bestes Beispiel für von Ultrarechten initiierte Bataillone gelten das Ukrainische Freiwilligenkorps des Rechten Sektors und das Asow-Regiment, das inzwischen eine Sondereinheit des ukrainischen Innenministeriums ist.

Die kämpfenden Einheiten des Ukrainischen Freiwilligenkorps hatten zwar keinen offiziellen Status, waren aber operativ dem Kommando des «Anti-Terror-Einsatzes» unterstellt und kämpften Seite an Seite mit den Einheiten der Armee. Den ideologischen Kern bildeten radikale ukrainische Nationalisten, doch das Korps nahm Freiwillige unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit auf, darunter auch Ausländer. Im April 2015 wurden auf Befehl des «Anti-Terror-Kommandos» die Einheiten des Korps von der Front abgezogen. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich einzelne Gruppen weiterhin an den Kämpfen an der Grenzlinie beteiligen.

Asow ist die erfolgreichste aller bewaffneten Truppen, die von Ultrarechten gegründet wurden. Die breit angelegte Werbung zum Beitritt, die gute materielle Ausstattung und die Diszipliniertheit der Kämpfer machten aus Asow eines der berühmtesten Freiwilligenbataillone. Asow formierte sich aus Aktivisten der Sozial-Nationalen Versammlung und der Hooliganszene, die im Frühjahr 2014 Straßenkämpfe mit prorussischen Demonstranten in Charkiw austrugen. Bezeichnenderweise verwendet das Regiment als Emblem

die Wolfsangel, die bei Neonazis in der ganzen Welt verbreitet ist. Aufgrund der Fürsprache des Innenministers Awakow wurde sie Ende 2014 zum offiziellen Regiment erklärt und in die Nationalgarde des Innenministeriums eingegliedert. Die Mitgliederzahl belief sich damals auf 800.

Angesichts der häufig aufgebauchten Darstellung in den ukrainischen Medien ist es schwer, die tatsächliche Rolle der Freiwilligeneinheiten, einschließlich der oben erwähnten, bei den Kämpfen zu beurteilen. Man sollte jedoch bedenken, dass die Zahl der regulären Einheiten des ukrainischen Militärs und der Nationalgarde deutlich höher war als die Zahl aller Freiwilligeneinheiten zusammen.

DIE RUSSISCHEN ULTRARECHTEN IM KONFLIKT IM DONBASS

Der bewaffnete Konflikt spaltete die ultrarechte Szene Russlands in Anhänger der Ukraine und Unterstützer der selbstproklamierten Republiken. Die russischen Neonazis des proukrainischen Lagers schlossen sich in der Regel dem Asow-Regiment an. Medieninformationen zufolge beläuft sich ihre Zahl auf mindestens zwei Dutzend.⁷

Die ersten Meldungen über rechtsradikal gesinnte Russen, die aufseiten der Separatisten kämpfen wollten, erschienen im Sommer 2014. Bekannt ist, dass die Sondereinheit Batman in der sogenannten Volksrepublik Luhansk (LNR) von einigen ultrarechten Russen gegründet wurde, die Erfahrungen aus dem Dienst in der russischen Armee und in Sondereinsatztruppen mitbrachten. Einer der Anführer dieser Gruppe war der ehemalige russische Soldat und Nationalsozialist Alexej Miltschakow, der unter dem Spitznamen Fritz bekannt ist.⁸

Nach Einschätzung von Alexandr Werchowskij, dem Direktor des Sowa-Zentrums, das die Aktivitäten der Ultrarechten in Russland beobachtet, kämpften im August 2014 aufseiten der «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk rund 200 Rechtsradikale aus der Russischen Föderation, auf ukrainischer Seite deutlich weniger.⁹

AKTUELLE LAGE

Wie bereits erwähnt, gelang es den Ultrarechten nicht, eine einheitliche politische Struktur aufzubauen, die landesweit Erfolg haben könnte. Die vom Rechten Sektor gegründete gleichnamige Partei fiel bei den Parlamentswahlen faktisch durch und entschied sich gegen eine Teilnahme an den Regionalwahlen. Daraufhin zerbrach der Rechte Sektor: Sein Anführer Dmytro Jarosch verließ die Organisation und ein Teil der Aktivisten folgte ihm.

Die mit dem Rechten Sektor verbundenen Gruppen beteiligen sich weiterhin an der Politik auf der Straße, wo sie nicht selten gewalttätig agieren. So waren die Rechtsradikalen an den Versuchen beteiligt, die LGBT-Pride in Kiew im Sommer 2015 gewaltsam zu verhindern, und auch in diesem Jahr drohten sie den OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen der Veranstaltung.

Nicht selten sind ultrarechte Angehörige der Freiwilligenbataillone die Protagonisten bei Verbrechen fernab der «ATO»-Zone. So sorgte zum Beispiel im Sommer 2015 eine Schießerei in der Stadt Mukatschewe in Transkarpatien, an der Mitglieder des Ukrainischen Freiwilligenkorps des Rechten Sektors beteiligt waren, für große Aufmerksamkeit. Dabei ging es um die Neuverteilung von Schmuggelrouten in die Länder der Europäischen Union.¹⁰

Im Fall des Mordes an dem Schriftsteller und Journalisten Oles Busyna, der aus seinen prorussischen Sympathien kei-

nen Hehl machte, sind die Angeklagten ehemalige Kämpfer des Freiwilligenbataillons Kiew-2 und Mitglieder der ultrarechten Gruppierung S14.

Im August 2015 warf ein ehemaliger Kämpfer des Bataillons Sitsch und Mitglied der Swoboda-Partei während einer Kundgebung vor dem Gebäude der Werchowna Rada in Kiew eine Granate auf Mitglieder der Nationalgarde, die das Gebäude absicherten. Dabei gab es vier Tote, mehr als 100 Menschen wurden verletzt. Angeklagt sind mehr als ein Dutzend Anführer und Parteimitglieder von Swoboda.

Noch nicht abgeschlossen ist der Prozess gegen Kämpfer des Bataillons Tornado, die für eine ganze Reihe von schweren Verbrechen in der «ATO»-Zone verantwortlich gemacht werden, darunter Mord, Entführung, Folter und Vergewaltigung. Unter den Beschuldigten befinden sich einige Neonazis, auch einer aus Weißrussland, doch das Rückgrat der Gruppe bildeten Wiederholungstäter aus dem kriminellen Milieu.¹¹

DER AUFSTIEG VON ASOW

Am erfolgreichsten hat sich das Asow-Regiment der Nationalgarde in den politischen Mainstream integriert und die mit ihm verbundene NGO Ziviler Korp Asow. Nachdem sie mit ihrer kämpfenden Truppe große Bekanntheit erlangt haben und selbst als Partner auf Augenhöhe anerkannt worden sind, verfolgen die Führer von Asow nun ehrgeizige politische Pläne.

Die NGO Ziviler Korp Asow entwickelt sich rasch und zählt sowohl Veteranen des Regiments als auch junge AnhängerInnen zu ihren Mitgliedern. Die Organisation verfügt über umfangreiche Ressourcen, mit denen sie Ableger in der gesamten Ukraine gründet, Jugendliche anwirbt und regelmäßig Veranstaltungen und Aktionen aller Art durchführt. Vertreter der Asow-Bürgerwehr halten Vorträge an Schulen und organisieren «patriotische» Lager, teilweise auch für Schulkinder.¹²

Das Vorgehen ist ziemlich effektiv: Die gesellschaftliche Anerkennung, die das Asow-Regiment dank ihres Images als «Landesverteidiger» erhielt, wird auf die Bürgerwehr übertragen, die wiederum Pläne für die Gründung einer politischen Partei schmiedet.

Einzelne AktivistInnen des Zivilen Korps Asow machten durch Aktionen gegen ideologische GegnerInnen von sich reden. So stürten im Januar 2016 Neonazis von Asow, darunter auch Ultrarechte aus Russland, die Gedenkveranstaltung für den 2009 in Moskau ermordeten Anwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastassija Baburowa.

Zugleich melden sich VertreterInnen des Zivilen Korps Asow häufig öffentlich zu Wort, auch zu sozialwirtschaftlichen Themen. Zum Beispiel traten im Sommer 2016 Neonazis dieser Organisation gemeinsam mit Bergarbeitern auf, die von der Regierung die Bezahlung ausstehender Löhne forderten. Ansonsten wurden in dieser Richtung von den Asow-AnhängerInnen allerdings bisher keine erkennbaren Erfolge erzielt, da ihnen die traditionellen Themen der Ultrarechten näher sind, insbesondere die Hetze gegen Minderheiten.

Hier nur zwei Beispiele für solche Aktionen: Im März 2016 beteiligten sich AktivistInnen des Zivilen Korps Asow organisiert an einer Aktion von EinwohnerInnen der Stadt Browary, die sich gegen die Eröffnung einer Übergangsunterkunft für Flüchtlinge richtete. Und als im August 2016 im Dorf Loschtschyniwka in der Oblast Odessa ein Pogrom gegen Roma stattfand, reisten AktivistInnen des Zivilen Korps Asow

aus Odessa in das Dorf, um gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung Patrouillen zu organisieren, die angeblich dem Erhalt der öffentlichen Ordnung dienen sollten.

ABSCHLIESSENDE THESEN

Ultrarechte Gruppen spielten eine entscheidende Rolle im Prozess der Entkommunisierung, das heißt bei der maßgeblich von den ukrainischen Machthabern initiierten umfassenden Umbenennung von Dörfern, Straßen und Gebäuden sowie der Demontage und Zerstörung von Denkmälern und Gedenktafeln, die direkt oder indirekt mit PolitikerInnen der Sowjetzeit verbunden sind. In vielen Fällen wurde der Abriss von sowjetischen Denkmälern von radikalen Nationalisten in die Wege geleitet und ausgeführt. In den Städten und Dörfern in der Ostukraine, wo es die lokalen FunktionärInnen mitunter nicht eilig hatten, die entsprechenden Gesetze zur Entkommunisierung umzusetzen, schritten vielfach rechtsradikale Aktivisten zur Tat, die oftmals nicht zur örtlichen Bevölkerung gehörten, sondern aus anderen Städten kamen.

Linke Gruppen haben einen schweren Stand, da die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen auf der Straße gefährlich geworden ist. Das hängt einerseits zusammen mit der hohen Gewaltbereitschaft der Ultrarechten ihnen gegenüber und andererseits mit der geringen Bereitschaft der Polizei, bei solchen Vorfällen zu ermitteln. Zweifel an deren objektiver Ermittlungstätigkeit nährt auch die Tatsache, dass der stellvertretende Leiter der Nationalen Polizei, Wadim Trojan, selbst aus dem Asow-Regiment stammt, wo er stellvertretender Kommandeur war.¹³

Eine weitere Folge der schleichenden Integration der Ultrarechten in die gesellschaftliche Mitte ist die Enttabuisierung von Gewaltanwendung in der Öffentlichkeit. Aus den Kämpfen an der Front kehren die Freiwilligen in ihren Alltag zurück und möchten nun auch im Landesinneren «zur Tat schreiten». Häufig ist dieser «Tatendrang», bedingt durch die vorherige Kampferfahrung, mit gewalttätigen Handlungen verbunden.

Das können die Machthaber ausnutzen, die politisch motivierte Gewalt zwar für gefährlich halten, aber durchaus die Augen davor verschließen können, wenn sie sich gegen ihre GegnerInnen richtet.

Vitalii Atanasov, ukrainischer Journalist. Schwerpunkte: sozialwirtschaftliche Probleme, Situation schutzbedürftiger Minderheiten, Bedrohung der Pressefreiheit und der Medienvielfalt.

* In diesem Text werden geschlechtsneutrale Bezeichnungen von Personengruppen nur dort verwendet, wo dies die soziale Realität angemessen widerspiegelt. Die rechtsextreme Szene der Ukraine aber ist sowohl in ideeller als auch in personeller Hinsicht ausgesprochen männlich geprägt. 1 Vgl. Umland, Andreas/Schechowzow, Anton: Націонал-екстремізм, що не відбувся, Політична критика, Київ 2011. 2 Vgl. «Свобода» фигурирует в «черной кассе» ПР – партия отрицает связь, in: Украинская правда, 2016, unter: www.pravda.com.ua/rus/news/2016/08/19/7118148/. 3 Vgl. Atanasov, Vitalii: Стидка утопія Свободи, Політична критика, 2011, unter: www.academia.edu/1089172/%D0%A1%D1%82%D0%B8%D0%B4%D0%BA%D0%B0_%D1%83%D1%82%D0%BE%D0%BF%D1%96%D1%8F_%D0%A1%D0%B2%D0%BE%D0%B1%D0%BE%D0%B4%D0%B8. 4 Vgl. Верховная Рада Украины. Численность Народных Депутатов Украины – 423. По состоянию на 30.09.2016, unter: <http://gapp.rada.gov.ua/radatransl/Home/deps/ru>. 5 Vgl. Lichatschew, Wjatscheslaw: Правые радикалы по обе стороны российско-украинского конфликта, in: Russie.Nei.Visions #95, Juli 2016, englisch unter: www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/rnv95_uk_likhachev_far-right_radicals_final.pdf; Umland, Andreas: Добровольческие вооружённые формирования и радикальный национализм в постмайданной Украине, unter: <http://ukraine.politicalcritique.org/2016/03/dobrovolcheskie-vooruzhonye-formirovaniya-i-radikalnyj-natsionalizm-v-poslemajdannoj-ukraine/>. 6 Vgl. Стрелков сообщил, что это он начал войну на Украине, BBC, 2014, unter: www.bbc.com/russian/rolling_news/2014/11/141120_m_strelkov_war_responsibility. 7 Vgl. Центр Сова: Центр Сова представил полугодовой доклад (Das Sowa-Zentrum hat seinen Halbjahresbericht vorgestellt), 2014, unter: www.sova-center.ru/racism-xenophobia/news/counteraction/2014/07/d29880/. 8 Vgl. Петербургский спецназ на Донбассе: война глазами бойцов элитных подразделений, Русский телеграф, 2014, unter: <http://rustelegraph.ru/news/2014-07-04/Peterburgskii-spetcnaz-na-Donbasse-voina-glazami-boitcov-elitnykh-podrazdelenii-15498/>; Nikulin, Pawel: «Слово вербовка неуместно»: как петербуржцы попадают в ряды ополчения ДНР и ЛНР, Рарер, Санкт-Петербург 2014, unter: <http://raperpaper.ru/ukraine-2/>. 9 Vgl. Nikulin, Pawel: Дело правое. За кого воюют российские неонацисты на Донбассе, Сноб, 2014, unter: <https://snob.ru/selected/entry/80241>. 10 Vgl. Перестрелка в Мукачево: все подробности, Газета Сегодня, Киев 2015, unter: www.segodnya.ua/politics/society/perestrelka-v-mukachevo-s-uchastiem-pravogo-sektora-onlayn-translyaciya-poslednih-sobytyi-630968.html. 11 Vgl. В суде над бойцами «Торнадо» завершили допрос потерпевших, Подробности, Киев 2016, unter: <http://podrobnosti.ua/2128847-v-dele-tornado-zavershili-dopros-poterpevshih.html>. 12 Vgl. Sibirzew, Alexandr: За кулисами «Азова». Что готовит военно-политическая машина Билецкого, Страна.ua, Киев 2016, unter: <http://strana.ua/articles/analysis/31366-azov.html>. 13 Vgl. Nikulin: Дело правое.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 29/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: November 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling